

Rassismus in der Friedensbewegung – gibt's doch gar nicht! Oder?

Elise Kopper

Unter dieser bewusst provokanten Fragestellung lud der BSV am 8. Oktober 2016 zum Fachgespräch nach Minden ein. Wir wollten uns damit beschäftigen, ob und inwieweit Rassismus bei unserer Friedensarbeit eine Rolle spielt. Und wir wollten herausfinden, wie wir rassismuskritische Ansätze in unsere Arbeit integrieren können, um gerade unbewussten Rassismus zu vermeiden.

Bewusst rassistisch werden die wenigsten von uns handeln und denken. Im Gegenteil: Die Friedensbewegung versteht sich grundsätzlich als anti-rassistisch, als Bewegung, die Diskriminierungen aller Art explizit ablehnt. Trotzdem sind auch Friedensbewegte nicht vor unbewussten rassistischen Denkmustern und Handlungen gefeit – schließlich sind „wir“ in Gesellschaften aufgewachsen, in der Rassismus in Schulbüchern, in Kinderliedern, in Filmen, in den Medien, in Universitäten oder in der Politik mal mehr, mal weniger offensichtlich auftaucht. Hinzu kommt: Wenn wir uns in der klassischen deutschen Friedensbewegung umschauen, blicken wir meist in sehr ähnliche Gesichter. Die allermeisten von „uns“ sind weiß und stammen aus Westeuropa. Die allerwenigsten von uns haben direkte persönliche Erfahrungen mit Rassismus im Alltag und werden ihn deshalb weniger leicht identifizieren können. Eine gute Hilfestellung, um rassistische Elemente in der eigenen Arbeit zu entdecken, ist, sich die richtigen Fragen auf unterschiedlichen Ebenen zu stellen. Die Referentinnen und Referenten des Fachgesprächs lieferten uns dafür wertvolle Hinweise.

Politik-/Inhaltsebene: Mit welchen Themen beschäftigen wir uns, beschäftigt sich die deutsche Friedensbewegung? Sind es Themen aus der weißen Mehrheitsgesellschaft oder greifen wir auch

Themen aus den marginalisierten Communities auf, z.B. Racial Profiling oder den NSU-Prozess?

Partnerschaftsebene: Wenn wir Auslandsprojekte betreiben, wo liegt die Entscheidungsgewalt über das Prozedere – bei uns oder bei der Partnerorganisation? Wer evaluiert wen? Wer finanziert wen? Was wird kommuniziert und wer entscheidet darüber? Wer nimmt, wer gibt? Verläuft unsere Arbeit miteinander auf der sprichwörtlichen Augenhöhe? Oder besteht ein Ungleichgewicht zwischen „uns“ und „den PartnerInnen“?

Vernetzungsebene: Mit wem vernetzen wir uns? Vernetzen wir uns auch mit Menschen aus den marginalisierten Communities, z.B. mit migrantisch-diasporaischen Organisationen? Versuchen wir, Kontakt zu ihnen aufzunehmen und unsere Perspektiven dadurch in Frage zu stellen und zu erweitern?

Grundsatzebene: Was ist Entwicklung, was ist Frieden, was ist Gewaltfreiheit, und wer definiert solche grundlegenden Begriffe? Sind wir uns bewusst, dass heutige Kriege und Konflikte oftmals koloniale Wurzeln haben? Thematisieren wir das?

Strukturebene: Warum sind wir als Bewegung so überwiegend „weiß“? Welche Perspektiven fehlen uns in unserer Arbeit? Schließen wir nicht-weiße Menschen aus unseren Strukturen, Vereinen, Organisationen aus - direkt oder indirekt? Wer hat die Zeit, den Kopf, die Möglichkeit, sich (ehrenamtlich) für Frieden zu engagieren? Für wen gibt es einen Zuwachs an Privilegien, wenn er/sie sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzt?

Fortsetzung auf Seite 2



Zivile Konfliktbearbeitung jungen Menschen nahe bringen – das ist das Ziel des neuen BSV-Projekts „Globaler Frieden Goes Mainstream“. Es wird sich u.a. auf dem kommenden Kirchentag vorstellen. Foto: BSV



10.11.2016: Am Tag der Mandatsverlängerung trugen AktivistInnen mit einem Banner die Forderungen der Kampagne „Zivile Lösungen für Syrien“ ins Parlament. Foto: Netzwerk Friedenskooperative.



Im März 2017 findet unsere Frühjahrstagung „Von Ungestüm bis Unruhestand - Friedensengagement gestalten, heute, morgen“ zum Thema Generationendialog in der Friedensbewegung statt. Foto: <https://www.flickr.com/photos/environment/2167097486>

Diesmal

**Rassismus in der Friedensbewegung
Syrienkampagne
Parolen Paroli bieten
Belarus: Kinder und Repressionen
Neues Friedensbildungsprojekt
u.a.m.**

Liebe Leserin, lieber Leser,

alle reden vom neuen US-Präsidenten Trump, von der befürchteten Welle des Populismus und der Zeit der „neuen starken Männer“. Autokraten aller Länder, vereinigt Euch? Das ist ja eines der erschreckenden Gesichter der modernen extremen Rechten: Ihre VertreterInnen verstehen sich über Landesgrenzen hinweg sehr gut. „Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken“ titelte die NPD schon im letzten Wahlkampf in Berlin – auf Deutsch und Türkisch. Angesichts der bevorstehenden Wahlen auch hier in Deutschland eher beängstigende Aussichten. Eine jüngst veröffentlichte Studie zu Populismus fand heraus, dass hier zwar insgesamt Vorurteile abnehmen, aber der Graben zwischen jenen mit einem geschlossenen rechten Weltbild und den Anderen immer tiefer würde.

Gibt es etwas, das wir tun können, um diese Gräben zuzuschütten? Wir glauben, dass unser neues Friedensbildungsprojekt, das sich an junge Menschen richtet, vielleicht ein Beitrag dazu sein könnte, ebenso wie Trainings gegen rechte Parolen und die Beschäftigung mit Rassismus, wie wir sie in unserem vergangenen Fachgespräch geleistet haben, und was uns als Thema weiter begleiten wird.

Andere Themen in diesem Rundbrief sind die Situation in Belarus, die Syrienkampagne und unsere Jahrestagung 2017, in der wir hoffen, Menschen verschiedener Generationen in der Friedensbewegung zusammenzubringen.

Wir wünschen eine angeregte Lektüre!



Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Fortsetzung von Seite 1

Und schließlich die Identitätsebene: Wer spricht? Wer gestaltet und wer empfängt Frieden? Wer sind die Subjekte von Friedensarbeit, wer die Objekte?

Auch für unsere Öffentlichkeitsarbeit, die Bildungsarbeit, die Organisationskultur und nicht zuletzt auch auf individueller Ebene könnten und sollten wir uns ganz ähnliche Fragen stellen. Unbewussten Rassismus in unserer Ar-

Tagung: Von Ungestüm bis Unruhestand Friedensengagement gestern, heute, morgen

Der BSV veranstaltet vom 24. bis 26. März 2017 in Hannover eine Tagung zum Thema „Generationendialog in der Friedensbewegung“.

„Frieden“ ist ein Anliegen, das Menschen aller Generationen zum Aktivwerden gebracht hat und immer noch bringt. Dabei begegnen sich die „Jüngeren“ und die „Alten“, deren Erfahrungen von vorausgehenden Bewegungshochs geprägt sind. In der Friedensbewegung der 1980er Jahre in der BRD waren die „Alten“ diejenigen, die schon gegen die Wiederbewaffnung der BRD und Atomwaffen in den 1950ern und 1960ern gekämpft hatten. Heute sind die „Alten“ diejenigen, die 1980 zur ungeduldigen jungen Generation gehörten.

Wir möchten mit dieser Tagung dazu anregen, sich auf den Weg des Gesprächs und des Austausches zwischen den Generationen zu begeben. Wir möchten erreichen, dass so das gegenseitige Verständnis gestärkt und die Kräfte, die Kenntnisse und die Ansätze aller Generationen zusammengebracht und gebündelt werden. Denn unser gemeinsames Anliegen, der Frieden, braucht unser aller Erfahrungen und Energie.

beit und in uns selbst zu erkennen, zu reflektieren und daraus Konsequenzen zu ziehen – das ist die zentrale Herausforderung. Für jede/n Einzelne/n von uns, für die Friedensbewegung und auch für den BSV. Unsere KollegInnen von EIRENE sind mit ihrem rassismuskritischen Mainstreaming beispielhaft vorangegangen. Vielleicht gehen der BSV und andere Friedensorganisationen in nächster Zeit ähnliche Wege.

Elise Kopper ist Mitglied im Vorstand des BSV.

Das Programm kann auf unserer Website eingesehen werden. Wir erwarten u.a. den skandinavischen Friedensforscher Jörgen Johansen und die Kölner Autorin Rehzi Malzahn als ReferentInnen; die meiste Zeit der Tagung werden wir uns in Dialoggruppen mit Friedensthemen und Strukturen der Bewegung im Wandel der Zeit befassen.

Dank einer Förderung durch das Bundesfamilienministerium und die Stiftung Apfelbaum ist die Teilnahme besonders günstig – auch hierzu siehe unsere Website www.soziale-verteidigung.de.



So sahen Demos früher aus: Ostermarsch 1960 von Hamburg nach Bergen-Hohne. Foto: Konrad Tempel

Bundeswehrmandat für Syrien verlängert

„MACHT FRIEDEN.“ macht weiter

Philipp Ingenleuf und Elise Kopper

Es war zu erwarten gewesen, und doch ist es eine Enttäuschung: Am 10. November 2016 stimmte der Deutsche Bundestag mit 445 Ja-Stimmen gegenüber 139 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen und 44 nicht abgegebenen Stimmen für die Verlängerung und Erweiterung des Syrienmandats der Bundeswehr. Die Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ hatte im Vorfeld gegen die Mandatsverlängerung protestiert und von den Bundestagsabgeordneten gefordert, sich statt für den Einsatz der Bundeswehr viel energischer für zivile Lösungsansätze einzusetzen. Trotz oder gerade wegen des enttäuschenden Abstimmungsergebnisses wird die Kampagne, die auch der BSV mitträgt, im nächsten Jahr mit neuer Motivation weiter machen. Diese Motivation speist sich im Wesentlichen aus vier Punkten.

Erstens: Aus dem Abstimmungsergebnis selbst, das auf den zweiten Blick Raum für vorsichtigen Optimismus gibt. So stimmten in diesem Jahr nicht nur die Linke Bundestagsfraktion geschlossen gegen die Mandatsverlängerung, sondern auch die Grüne Fraktion – im letzten Jahr hatte es in den Reihen der Grünen noch drei Ja-Stimmen und drei Enthaltungen gegeben. Relativ konstant blieben auch die zweifelnden Stimmen in den Regierungsfractionen: Beide Abgeordnete der CDU/CSU, die auch im letzten Jahr gegen das Mandat gestimmt hatten, bestätigten ihr Nein. Von 28 Nein-Stimmen aus den Reihen der SPD-Fraktion blieben in diesem Jahr immerhin 27. Das überwiegende Ja zum Syrieneinsatz – so auch die Erkenntnis aus diversen Lobbygesprächen mit Abgeordneten, mit denen sich VertreterInnen der Kampagne im Vorfeld der Abstimmung getroffen hatten – ist also keineswegs zementiert.

Zweitens: Die gelungene Fotoaktion am Tag der Mandatsverlängerung vor dem Reichstag. Mit einem 100 qm großen Banner mit dem Kampagnenlogo in Pfeilform trugen über 100 Friedens-

aktivistInnen, begleitet von einer kleinen Kundgebung, die Kampagnenforderungen symbolisch ins Parlament. Die Aktion brachte einerseits die erhofften symbolträchtigen Fotos und eine gewisse (wenn auch noch deutlich ausbaubare) Medienpräsenz und zeigte andererseits, dass die Kampagne sowohl von Seiten der Bewegung als auch von Seiten einiger

ParlamentarierInnen auf aktive Unterstützung zählen kann: Denn mit Ute Finckh-Krämer (SPD) und Kathrin Vogler (Linke) – beide dem BSV seit vielen Jahren verbunden – sowie weiteren Abgeordneten von den Linken waren einige MdBs vor den Reichstag gekommen, um durch ihre Präsenz ihren Beistand zu signalisieren.

Drittens: Die tolle Resonanz vieler Friedensgruppen auf die „Urgent Action Days“, die die Kampagne unter dem Motto „NEIN zum Bundeswehrmandat, JA zu zivilen Lösungen für Syrien“ vom 1. bis 10. November ausgerufen hatte. Obwohl die Mandatsverlängerung im Bundestag kurzfristig um einen Monat vorgezogen wurde und damit vier Wochen für die Planung und Mobilisierung fehlten, organisierten mehr als 20 Friedensgruppen in ganz Deutschland spontan Protestaktionen. Noch viele Gruppen und Einzelpersonen mehr beteiligten sich außerdem am „Graswurzellobbying“, durch persönliche Treffen oder Telefongespräche mit MdBs, individuelle Protestbriefe und -emails.

Und viertens: Eine Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Zivile Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt 2017. Am 10. November



Übergabe der Postkarten an Claudia Roth. Foto: Netzwerk Friedenskooperative

wurde nämlich nicht nur das Bundeswehrmandat verlängert, sondern wurden auf Antrag der Regierungsfractionen auch mehrere Hundert Millionen Euro für die entwicklungspolitische Bekämpfung von Fluchtursachen, für Krisenbewältigung und Wiederaufbau bereitgestellt – und zwar insgesamt mehr als ursprünglich geplant. Diese Gelder sollen nun dazu dienen, so heißt es in einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion, „das deutsche Engagement zur Versorgung und Unterstützung von Flüchtlingen rund um Syrien weiter auszubauen. Dabei geht es auch um den Ausbau der zivilen Krisenprävention.“

Auch dies immerhin ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Alle Infos zur Kampagne gibt es unter www.macht-frieden.de.

Philipp Ingenleuf und Elise Kopper arbeiten für das Netzwerk Friedenskooperative und sind Koordinator bzw. Campaignerin der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“. Elise Kopper ist außerdem Vorstandsmitglied im BSV.

Parolen Paroli bieten

Renate Wanie

Konfrontierende Diskriminierungen und Beleidigungen von Aktiven in der Asylarbeit sind in der letzten Zeit keine Seltenheit. „Sie unterstützen ja kriminelle Ausländer!“ „Die wollen doch nur unser Geld!“ „Man hört kein deutsches Wort mehr in der Stadt!“ Das sind nur drei Beispiele für Aussagen, mit denen sie konfrontiert sind. Wie sollen Freiwillige, die in dieser Weise angesprochen werden, angemessen reagieren?

Erfahrungen im Training

Seit einigen Monaten führe ich sogenannte Argumentationstrainings durch. Teilnehmende sind Menschen, die aktiv Geflüchtete unterstützen, z.B. geben sie Deutschunterricht, begleiten Geflüchtete zu Ämtern oder zum Arzt, vermitteln Arbeitsmöglichkeiten. Und sie bringen eine reichhaltige Sammlung von verbalen Erfahrungen mit, mit denen sie zunehmend diskriminierend konfrontiert sind: von NachbarInnen und inzwischen auch von Bekannten am Stammtisch, zum Erstaunen der Betroffenen. Dies macht zunächst sprachlos. Zu hören ist die Einschätzung, dass die Stimmung in der Gesellschaft umgeschlagen sei, von der anfänglichen „Willkommenskultur“ zu vorurteilvollen Einstellungen, auf dem Hintergrund von meist nebulösen Bedrohungsängsten.

Vorgehen

Der Wunsch der Teilnehmenden ist, in dieser meist unerwarteten konfrontativen Situation ein adäquates Verhalten zu finden und angemessen und möglicherweise schnell zu antworten. Ziel eines solchen verbalen Trainings ist es, dies herauszufinden. Oft fordern diejenigen Sprüche besonders heraus, die die Betroffenen stark berühren und gegen ihr Werteempfinden verstoßen.

Mit der Methode „Parolen Paroli bie-

ten“ ist es im Schutzraum des Workshops möglich, sich nach einem bestimmten Verfahren zu konfrontieren und eine der von den TeilnehmerInnen widerfahrenen Parolen oder Beleidigungen entgegen zu schleudern. In der anschließenden Reflexion wird die gerade erlebte „Anmache“ aus der Sicht von beiden Rollen (Betroffene und Anmachender) zunächst analysiert und dann bewertet: Was wurde wahrgenommen? Welche Antworten haben wie gewirkt? Welche wirkten eher eskalierend, welche deeskalierend, welche waren ein Schlagabtausch? usw. Die Situationen werden mit weiteren Parolen abermals beurteilt.

Wie geht es am besten?

Ein erster Schritt könnte sein, zunächst für sich persönlich zu klären: Möchte ich antworten? Oder lieber schweigen, Sprachlosigkeit zulassen oder gar ignorieren? Die Aggression des Gegenübers könnte mich hindern, wie auch meine Konfliktvermeidung. Zu bedenken ist auch: Gegen sogenann-

te Stammtischparolen ist es manchmal schwer anzukommen, da hinter diesen Parolen häufig ein geschlossenes Weltbild und Politikverständnis stehen.

Doch es gibt mehrere Arten zu antworten, je nach Situation und den individuellen Möglichkeiten: Z.B. nachfragend, bei einem Thema bleiben, andere mit logischen Argumenten eventuell nachdenklich machen, eigene Position beziehen, Ich-Sprache oder auch Unterstützung von außen holen und andere ansprechen. Diese Reaktionen wirken eher deeskalierend.

Zu fragen ist zudem: Was möchte, was kann die von einer Beschimpfung betroffene Person in einer situativen Diskriminierung erreichen? Ein Vorsatz könnte sein, Einfluss zu nehmen auf die Meinungsbildung derer, die anmachen und die eigene andere Meinung, die sich auf die Menschenrechte gründet, entgegenzusetzen, Diskriminierung öffentlich oder im Privaten nicht stehen lassen.



Die Street-Art-Künstlerin Barbara verfremdet seit Jahren Schilder und Plakate auf ihre Weise...



...Auf ihrer Facebook-Seite gibt es viele Bilder auch gegen rechte Parolen: <https://www.facebook.com/ichwillanonymbleiben/?fref=ts>

Strikt vermeiden: Belehrung und Beserwisserei (Lernen geschieht nicht durch Belehrung), außerdem nicht diffamieren, herabsetzen oder beschimpfen.

Motto: Nicht siegen, sondern verständigen!

Beweggründe und Sichtwechsel

Eine Orientierung können persönliche Werte, die Gründe geben, die mich zum Widerspruch bewegen. Wertvorstellungen, wie die Würde des Menschen ist unantastbar oder religiöse Bindungen, schaffen möglicherweise eine innere Klarheit in schwierigen Situationen. Rechtsradikale Werte hingegen sind gegen den Menschen gerichtet, sie basieren auf der Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit.

Hilfreich für ein Argumentationstraining ist auch, mit der Methode „Streitlinie“ einen Perspektivwechsel anzuleiten. Ziel dieser Übung ist es, im Rollenwechsel die Sicht der gegnerischen Seite mehr kennenzulernen, dabei gleichzeitig die eigene Position zu vertiefen und eventuell auch zu verändern. Respektieren der Gedanken anderer bedeutet nicht, zuzustimmen, sondern zu verstehen, ehe wir diskutieren oder urteilen. Dabei etwas über die Funktion von Vorurteilen und Stereotypen zu erfahren kann eine gute Vorbereitung für die nächste verbale Konfrontation sein.

Vorurteile

Denn Vorurteile erfüllen bestimmte Funktionen, sie helfen zunächst die Welt (Ordnungsfunktion) in scheinbar unübersichtlichen Verhältnissen zu

ordnen. Sie können ein Gefühl von Unsicherheit verringern und dazu beitragen, das eigene Selbstwertgefühl und Gruppenzugehörigkeitsgefühl (z.B. zum Nationalstaat) zu stärken, wie wir es in der Pegida-Bewegung vorfinden. Vorurteile werden aber auch oft gegen andere eingesetzt, z.B. gegen diejenigen, die anders aussehen oder Angst machen. Vorurteile können auch Identität stiften, indem sich Menschen der eigenen vermeintlich „besseren“ Kultur zuordnen – so wie es Aktive in der Asylarbeit z.B. zu hören bekommen: „Der Islam passt nicht zu Deutschland!“

Arbeitsblätter zum Mitnehmen ergänzen am Ende das Argumentationstraining, z.B. über Orientierungsregeln zum Verhalten in Bedrohungssituationen, zur Differenzierung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit oder Grundlagen zur Kommunikation.

Zuletzt eine **Ermutigung** für Aktive in der Arbeit mit Geflüchteten, die wegen ihres Engagements verbal angegriffen oder diskriminiert werden, z.B. indem sie

- Mut zur offenen Kritik zeigen
- Diskriminierung im öffentlichen Raum nicht stehen lassen
- Nein-Sagen zum Unrecht, auch wenn es herrschende Meinung ist
- durch eigene Bewegtheit eventuell andere in Bewegung bringen.

Sich gewaltfrei auseinanderzusetzen garantiert nicht, dass es tatsächlich zur Entspannung kommt, macht diese aber wahrscheinlicher!

Renate Wanie ist freie Mitarbeiterin und Trainerin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden und Mitglied im Vorstand des BSV.

Belarus: Kinderschutz als Instrument gegen politisch aktive Frauen

Andrea Hapke

Seit 2006 gilt in Belarus eine neue Verordnung: der Erlass des Präsidenten Nr. 18, „Zusätzliche Maßnahmen zum staatlichen Schutz von Kindern aus dysfunktionalen Familien“.

Ob diese Verordnung in der Praxis auch wirklich dazu beiträgt, Kinder zu schützen, deren Eltern ihre Fürsorgepflicht vernachlässigen, ist noch zu klären. *Unser Haus*, ein zivilgesellschaftliches Menschenrechtsnetzwerk und Partnerorganisation des BSV, beobachtet seit längerem ganz andere Auswirkungen dieser Verordnung: Sie wird als Instrument und Druckmittel gegen politisch engagierte Menschen, insbesondere Frauen, eingesetzt.

Der Erlass ermöglicht es den Behörden, Eltern ihre Kinder wegzunehmen und in staatliche Einrichtungen zu bringen. Einspruch dagegen kann zu jahrelangen Verfahren führen, und es braucht einen langen Atem und viel Unterstützung, um sich auf rechtsstaatlichem Weg gegen die Entscheidung der Ämter zu wehren. Für die Heimkosten der Kinder müssen die Eltern selbst aufkommen. Sie zahlen 80 – 100 € im Monat pro Kind. Die Verordnung sieht für den Fall, dass sie die Summe nicht zahlen können, eine Reihe von Zwangsmaßnahmen vor, wie z.B. die Ableistung von Arbeitsstunden und die Umsiedlung in billigeren Wohnraum.

Diese Praxis wie auch schon der Titel des Erlasses werfen viele Fragen auf. Wie sind die Bedingungen definiert, die das Kindeswohl gefährden? Was genau sind „dysfunktionale Familien“?

Das russische Wort „neblagopoluchnyj“, das die Familien beschreibt, wird auch als „missraten“ übersetzt. Im ersten Absatz steht dazu: „Kinder unterliegen staatlichem Schutz, wenn festgestellt wird, dass die Eltern (oder ein Elternteil) einen amoralischen Lebenswandel führen, der schädlichen Einfluss auf die Kinder hat, wenn sie chronische Alkoholiker oder drogenabhängig sind

oder in irgendeiner anderen Form nicht gebührend ihren Pflichten zur Erziehung und Erhaltung der Kinder nachkommen, wodurch sich diese in einer sozial gefährlichen Lage befinden.“

Dieser Blick in die Verordnung lässt ahnen, wie diese gegen alle eingesetzt werden kann, die dem Staat oder auch einzelnen VertreterInnen gefährlich oder unbequem sind, die von der Norm abweichen und ungewollt sind in einer Gesellschaft, in der die Freiheitsrechte der einzelnen stark beschnitten sind. Mehr noch: die Verordnung ist ein Beispiel dafür, wie die Norm hergestellt wird.

Nach den Beobachtungen von *Unser Haus* trifft die Verordnung vorwiegend Frauen, die in Konflikt mit dem Staat kommen. Oft reicht schon die Drohung, um diese von Widerstand gegen staatliches Handeln oder gar organisiertem politischen Engagement abzuhalten. Die Organisation weiß von 60 Fällen, in denen AktivistInnen aufgrund dieser Verordnung ihre Kinder weggenommen wurden. Sie geht davon aus, dass es weit mehr Fälle sind, und strebt ein systematisches Monitoring der Situation an.

Die AktivistInnen von *Unser Haus* sind selbst betroffen. Einige haben aus Sorge um ihre Kinder diese vorbeugend ins Ausland gebracht, v.a. ins Nachbarland Litauen, und sie dort in der Schule angemeldet. Und die Organisation, die große Erfahrung und etliche Erfolge in der Verteidigung von Menschenrechten zu verzeich-

nen hat, hat begonnen, sich gegen die Repressionen zur Wehr zu setzen und ihre AktivistInnen zu schützen. In einer großangelegten Kampagne machten sie den Kampf der Menschenrechtlerin Olesja Sadovska um ihr Recht und ihre Tochter öffentlich – und gewannen. Sie erreichten, dass die inzwischen neunjährige Tochter nach zwei Jahren in Heimen zu ihrer Mutter zurück kehren konnte.

Nach diesem Erfolg hat *Unser Haus* ein Projekt entwickelt, um das Thema grundlegender anzugehen. Mit diesem richtet die Organisation den Fokus speziell auf staatliche Gewalt gegen Frauen, wofür die Anwendung der Verordnung zum „Schutz der Kinder“ nur ein Beispiel ist. Sie lenkt den Blick auf die verschiedenen Formen staatlicher Gewalt, die Frauen treffen - physische, psychische und strukturelle – und sie von ihrem Recht auf aktive Teilhabe am sozialen und politischen Leben abhalten. Das Projekt zielt langfristig auf eine Reduzierung der allgegenwärtigen Gewalt in Belarus sowie eine Stärkung der Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements aller BürgerInnen.

Andrea Hapke ist Mitarbeiterin des BSV und koordiniert die Projektarbeit mit Belarus.



Kampagne zur Unterstützung der Menschenrechtlerin Olesja Sadovska: Interview mit einem Aktivist von Nash Dom vor dem Polizeigebäude in Molodechno.

Foto: Nash Dom

„Globaler Frieden Goes Mainstream“

Benno Malte Fuchs

Frieden muss zu einem Mainstream-Thema unter jungen Menschen werden. Jugendliche dazu zu bewegen, sich mit Friedensthemen auseinanderzusetzen, ist eine Voraussetzung dafür, dass auf dem Weg zu positiven Frieden Kriege überwunden werden.

Friedensbildung kann dabei nicht bei der durchaus wichtigen Vermittlung von Kompetenzen in zwischenmenschlichen Konflikten stehen bleiben. Zentral, um zu verstehen, was in der Welt passiert und welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, ist die Fähigkeit, internationale Konflikte kritisch zu analysieren und konstruktive Lösungen zu finden. Dabei dürfen die Augen auch nicht vor Militarismus verschlossen werden.

Gegen die Militarisierung unserer Gesellschaft

Wenn die Bundeswehr Einfluss auf Minderjährige nimmt, wird Friedensbildung negiert. Gleichzeitig sollte es auch ein Anspruch von Friedensbildung sein, Fähigkeiten zu vermitteln wie Militärpropaganda und Kriegsverherrlichungen kritisch reflektiert werden können.

Zu dieser Propaganda gehören auch die Werbekampagnen der Bundeswehr, z.B. ihre neue Youtube-Serie. Sie zielen nicht nur darauf, KindersoldatInnen für den Krieg zu rekrutieren. Laut Pariser Prinzipien sind Kinder, die mit Streitkräften oder bewaffneten Gruppen assoziiert sind alle Personen unter 18 Jahren, die von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen rekrutiert oder benutzt werden oder worden sind. Es geht der Bundeswehr auch darum, in der Gesellschaft als notwendig wahrgenommen zu werden. Es ist banale Militarisierung, wenn der Beruf bei der Bundeswehr normalisiert wird und sich wie selbstverständlich in zivile Berufe einreihet. Dass es bei der Bundeswehr darum geht, einer Tötungsmaschinerie das Funktionieren zu ermöglichen und dabei das eigene gesundheitliche und

psychische Wohl zu riskieren, wird von der Bundeswehr nicht gesagt, und von vielen Jugendlichen auch nicht erkannt.

Jungen Menschen wird eingetrichtert, es gäbe keine andere Möglichkeit, sich vor konstruierten Bedrohungen anders zu schützen als mit Gewalt. Gleichzeitig stellt sich die Bundeswehr als Friedensorganisation dar, die Entwicklungshilfe leistet. Es wird der Eindruck erweckt, Konflikte ließen sich mit Gewalt lösen, Freiheit könne nur gewaltsam erkämpft werden, Stabilität ließe sich mit Kriegen schaffen.

Zivile Konfliktbearbeitung

Wer auch nur die Grundzüge von Ziviler Konfliktbearbeitung verstanden hat, weiß, dass nur friedliche Mittel das Potenzial beinhalten, Konflikte nachhaltig zu lösen und Gewaltkreisläufe in Friedenskreisläufe zu verkehren. Gewalt führt notwendigerweise immer dazu, dass neue Gewalt entsteht, z.B. weil einzelne Parteien unzufrieden mit dem Ergebnis sind, weil die Beziehungen zwischen den Parteien nicht repariert sind und weil das zugrundeliegende Problem nicht gelöst wurde. Spätestens, wenn ähnliche Probleme wieder auftreten, gibt es immer noch keine Lösung. Wird die Kraft, die durch Konflikte freigesetzt wird, aber genutzt, um eine neue Realität zu schaffen, können viele Lösungen entstehen, die auch für andere Probleme genutzt werden können. Eine Friedensbildung, die Werkzeuge anbietet, Konflikte zu transformieren und Möglichkeiten aufdeckt, wie Frieden gewaltfrei erschaffen und erhalten werden kann, ermöglicht jungen Menschen, die Lügen des Militarismus zu durchschauen. Kinder und Jugendliche müssen dazu ermächtigt werden, sich selbst als AkteurInnen wahrzunehmen, die einen Unterschied machen und die Welt positiv mitgestalten können.

„Globaler Frieden Goes Mainstream“

Der Bund für Soziale Verteidigung startet nun die Bildungskampagne „Globaler Frieden Goes Mainstream“. In diesem

Projekt wird es darum gehen, Lernmaterialien zu entwickeln, die junge Menschen erreichen sollen, um ihnen Fähigkeiten der Zivilen Konfliktbearbeitung zu vermitteln. Dabei soll besonders Wert darauf gelegt werden, komplexe Zusammenhänge einfach, verständlich und unterhaltsam darzustellen. Außerdem geht es darum, AkteurInnen der Friedensbildung besser miteinander zu vernetzen, so dass mehr auf diesem Bereich bewegt werden kann. Gemeinsam können wir Wege finden, um dem Militarismus entgegenzuwirken und jungen Menschen die Werkzeuge geben, die sie brauchen, um zu erkennen, dass Militär und Krieg keinen Frieden und keine Sicherheit bringen können!

Benno Malte Fuchs ist seit November Bildungsreferent beim BSV.

Friedensbildungsreferent

Benno Malte Fuchs, Friedens- und Konfliktforscher, Erziehungswissenschaftler, Jahrgang 1988, ist seit November 2016 BSV-Koordinator des Bildungsprojekts „Globaler Frieden goes Mainstream“. Er hat in Basel Frieden und Konflikttransformation und in Tübingen Erziehungswissenschaft auf Sozialpädagogik/Sozialarbeit studiert. Als Mitglied bei der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und bei Informationsstelle Militarisierung und als ehrenamtlicher Mitarbeiter beim Galtung-Institut für Friedenstheorie und Friedenspraxis engagiert er sich seit Jahren für Frieden. Seine Schwerpunkte sind Friedensbildung, Pazifismus, Antimilitarismus, Gewaltfreie Direkte Aktionen und Konflikttransformation.



Foto: privat

Neue Materialien

Dossier: Ziviles Peacekeeping – Menschen wirksam schützen ohne Drohung oder Gewalt

Eines der am schwersten auszuräumen den Denkmuster ist, dass es Situationen gebe, in denen „nur noch Gewalt hilft“. In dem Dossier „Ziviles Peacekeeping: Menschen wirksam schützen ohne Drohung oder Gewalt“ geht es um eine gewaltfreie Alternative zu Militäreinsätzen. Ziviles Peacekeeping ist ein Ansatz, Menschen in bewaffneten Konflikten gewaltfrei, ohne Waffen und durch andere ZivilistInnen zu schützen. In dem Dossier wird dargestellt, was Ziviles Peacekeeping ist, wie es funktioniert, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse über seine Wirkungen vorliegen und welche politische Akzeptanz es bislang erfahren hat.

Ellen Furnari, Rachel Julian und Christine Schweitzer, Ziviles Peacekeeping:

Spendenaufwurf

Der Bund für Soziale Verteidigung finanziert einen Großteil seiner Arbeit über Spenden – die beiden Stellen unserer Büroleiterin und Geschäftsführerin, unsere Arbeit zu Zivilem Peacekeeping, zu Syrien und zur Türkei, um nur einige Bereiche zu nennen. Auch wenn einzelne Projekte, wie das neue Bildungsprojekt, das wir in diesem Rundbrief vorgestellt haben, nur durch erfolgreiche Finanzierungsanträge bei großen Institutionen möglich werden – ohne die vielen Spenderinnen und Spender, die unsere Arbeit jedes Jahr fördern, ginge es nicht. Wir danken herzlich für die bisherige Unterstützung! Bitte unterstützen Sie den BSV auch weiterhin bei unseren vielfältigen Aktivitäten. Wir freuen uns sehr über eine Spende zum Jahresende. Ohne Ihre / Eure Spenden ist unsere Arbeit nicht möglich. Besten Dank im Voraus!

Menschen wirksam schützen ohne Drohung oder Gewalt, Dossier Nr. 83, Beilage zur Zeitschrift Wissenschaft & Frieden 4/2016. Das Dossier kann für 2,- Euro plus Portokosten bei uns bezogen werden.

Friedensplan Syrien: Eine Argumentationshilfe

Mindestens 26 Staaten sind direkt oder indirekt in Syrien involviert, mehr als 200 bewaffnete Gruppen kämpfen in dem Land. Die Akteure verfolgen nationale, regionale und weltpolitische Interessen, die zum Teil fundamental gegensätzlich sind. Erschwerend kommt hinzu, dass bei den bisherigen Friedensgesprächen nicht alle wichtigen Konfliktparteien eingebunden wurden. Und wir wissen: Es gibt keine schnellen Lösungen. Doch auch in dieser hochkomplexen Gemengelage des Syrienkonfliktes hat der BSV in einer Argumentationshilfe formuliert, welche Voraussetzungen gegeben sein könnten, um endlich zu einem gelingenden Frieden in Syrien zu gelangen. Das zweiseitige Papier kann von unserer Website heruntergeladen oder bei uns (bei größeren Stückzahlen gerne gegen Spende!) bezogen werden.

Zivile Konfliktbearbeitung: Ein Glossar

Im Aphorisma-Verlag ist ein Glossar zum Thema Zivile Konfliktbearbeitung erschienen. Das Heft bietet eine kurze, konzentrierte Übersicht über die wichtigsten friedenspolitischen Begriffe und stellt gleichzeitig einige der Fachorganisationen und Netzwerke vor, die sich in diesem Bereich engagieren. Herausgegeben wurde es von Ute Finckh-Krämer, der langjährigen Vorsitzenden des BSV. Die Stichworte, die jeweils in ca. einer Seite erläutert werden, reichen von „Abrüstung/Rüstungskontrolle“ über „1325“ und „Ziviles Peacekeeping“ bis zu „Zivilgesellschaft und Politik“.

Das Heft kostet 5,- Euro zuzüglich Portokosten und kann bei uns über unseren Shop bezogen werden.

To Prevent Or Stop Wars: What Can Peace Movements Do?

Die englische Übersetzung des IFGK-Arbeitspapiers „Kriege verhindern oder stoppen - Was können Friedensbewegungen tun?“ von Christine Schweitzer und Jörgen Johansen ist im Irene-Verlag erschienen und kann für 15,- Euro zuzüglich Portokosten bei uns im Shop bestellt werden.

Ausstellung „Wirksam ohne Waffen“: 2017 sind noch Termine frei

Unsere Ausstellung „Wirksam ohne Waffen“ zeigt verschiedene Beispiele Gewaltfreier Interventionen in Konflikte aus Geschichte und Gegenwart. Sie besteht aus 12 Roll-ups und kann bei uns entliehen werden. Für 2017 haben wir noch etliche Termine frei und freuen uns über Anfragen. Die Ausstellung eignet sich z.B. zur Ausstellung in Gemeindefhäusern oder Rathäusern und kann gut genutzt werden, um Veranstaltungen über Themen wie gewaltfreie Konfliktintervention, Peace Teams oder Ziviles Peacekeeping zu begleiten.



Zwei Tafeln der Ausstellung bei der Eröffnung im Friedensmuseum Nürnberg.

Foto: Christine Schweitzer